

Es gilt das gesprochene Wort.



**Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen**

**Redebeitrag
Große Anfrage „60 plus“ der Koalition gemäß § 6 der
Geschäftsordnung des Rates**

Ratssitzung am 25. Juni 2018

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,**

wir danken zunächst der Koalition für die Ausarbeitung der detaillierten Fragestellung.

Es war sicherlich eine Herkulesaufgabe der Verwaltung die 67 Fragen zur großen Anfrage „60 plus“ der Koalition zu recherchieren und daraus eine Bestandsaufnahme zu dem Thema „kommunale Seniorenpolitik“ zusammenzutragen.

Wir stimmen sicherlich mit allen Parteien und Gruppen hier im Saal überein, dass diese Ist-Analyse ein geeignetes Werkzeug darstellt, um auf dieser Grundlage „lokale Seniorenpolitik“ zu entwickeln.

Gerade die Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse älterer Bürgerinnen und Bürger ist eine der wichtigsten Herausforderungen der Kommunalpolitik für die Zukunft.

Die Zahl alter Menschen und deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nehmen zu. Die bisherige Gesellschaftsstruktur ist im Wandel. Auf diese veränderten Gegebenheiten muss die Kommunalpolitik reagieren. Eine seniorengerechte Stadt bildet einen menschengerechten Lebensraum und damit eine Stadt für alle Generationen.

Eine wichtige Forderung der älteren Generation ist der Wunsch nach möglichst langer Selbstständigkeit und Autonomie. Dieses kann nur gewährleistet werden, wenn in der Stadt geeignete Lebensverhältnisse geschaffen werden, die eine selbständige Lebensführung fördern und ermöglichen.

Wenn in Zukunft immer mehr Menschen bis zu ihrem Lebensende in der eigenen Wohnung bleiben könnten, würde gleichzeitig der Bedarf an Alten- und Pflegeheimplätzen begrenzt. Damit würde zum einen dem Wunsch älterer Menschen, möglichst lange in ihrer Wohnung und in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu bleiben, als auch der gesellschaftspolitischen Zielsetzung "ambulant vor stationär" entsprochen.

Die Anpassung des Wohnumfeldes an die Bedürfnisse älterer Menschen ist daher nicht nur gesellschaftspolitisch sondern auch ökonomisch sinnvoll.

Die sich aus der großen Anfrage ergebene Ist-Analyse ist sicherlich als Grundlage für die weiteren Schritte gedacht. Wir müssen daraus ein Konzept erarbeiten, wie nach den Bedürfnissen und Vorstellungen der Beteiligten eine seniorengerechte Stadt – die auch allen anderen Altersgruppen gerecht wird – aussehen soll.

Dabei darf eine seniorengerechte Stadtentwicklung nicht auf Teilbereiche - wie die Innenstadt - begrenzt sein, sondern sie muss die Gesamtstadt mit allen ihren Stadtteilen und Nebenzentren betrachten.

Die allgemeinen Standards sind bekannt, aber in dem Zusammenhang ergeben sich stadtteilspezifische Fragestellungen, die nicht allgemeingültig zu beantworten sind, wie z.B.:

Was sind für Senioren geeignete Lebensverhältnisse?

Was zeichnet eine seniorengerechte Stadt aus?

Wer kann aber nun selbst am ehesten beschreiben, was "seniorengerecht" ist?

Richtig. Die Senioren selbst!

BOB im Rat schlägt daher vor, nicht nur über die Generation 60plus zu reden, sondern sie auch an den weiteren Entwicklungs- und Entscheidungsschritten zu beteiligen.

Dieses sollte in sechs Schritten erfolgen, die sich stets im Abstand von zwei bis drei Jahren wiederholen.

Der erste Schritt ist die Feststellung des Ist-Zustandes, also die Bestandserhebung mit Hilfe dieser Großen Anfrage „60 plus“.

Im zweiten Schritt folgt die Bedarfsermittlung. Dazu gehören die Pflegebedarfsplanung und auch eine Seniorenbefragung zur Ermittlung der Bedarfe.

Im nächsten Schritt sollte die Erarbeitung von Maßnahmenempfehlungen erfolgen, die sich aus dem Vergleich von Ist und Soll ergeben.

Im fünften Schritt erfolgt die Umsetzung und schließlich die sogenannte Evaluation, bei der überprüft wird, was tatsächlich von dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept realisiert wurde.

Für die Bedarfsermittlung sollte etwa das seniorenrechtliche Wohnen abgefragt werden,

- welche seniorenrechtliche Maßnahmen in den Wohnungen umgesetzt werden sollen,
- wie die Senioren die Versorgungssituation einschätzen,
- ob genügend Banken- und Sparkassenfilialen vorhanden sind,
- welche Ansprechpartner für Seniorenbelange zur Verfügung stehen,
- ob ausreichend Hilfs- und Beratungsangebote vorhanden sind,

- wie die Senioren ihre Freizeit gestalten möchten,
- ob ausreichende Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stehen,
- ob die Anbindung der Öffentlichen Verkehrsmittel seniorengerecht ist usw.

"Wie kann man die Arbeit des Seniorenbeirates der Stadt Oberhausen mehr unterstützen?" stand kürzlich die Frage 64 der großen Anfrage auch auf der Tagesordnung des Seniorenbeirates.

Aus unserer Sicht ganz einfach und ohne Kosten. Wir schlagen vor, dass dem Seniorenbeirat eine größere Bedeutung zugeordnet wird. Der Seniorenbeirat sollte in einen Seniorenausschuss umgewandelt werden, damit er bei relevanten Beratungsfolgen vorberaten bzw. in bestimmten Punkten auch entscheiden kann.

Aktuell dient der Beirat lediglich einer Plattform zur Berichterstattung ohne besonderer Relevanz. Entscheidungen werden hier nicht getroffen, Empfehlung an den Rat als Entscheidungsgremium werden ebenfalls nicht abgegeben. Die Kompetenz der Beiratsmitglieder wird nicht genutzt. Der kommunalen Seniorenpolitik wird keine ausreichende Wertschätzung entgegengebracht.

Ein Seniorenausschuss wäre der erste Schritt zu einer seniorengerechten Stadt, damit dem Seniorenendasein in Oberhausen mehr Gewicht geschenkt wird.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.